



Pressemeldung

zur Veranstaltung „Perspektiven für die Pflege älterer Menschen in Deutschland“ vom „BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“ am 23. Mai 2012 in Berlin.

„BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“ kritisiert Gesetzentwurf

Berlin, 23. Mai 2012. Eine bessere Unterstützung für pflegende Angehörige, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie die Einführung einer Bürgerversicherung zur solidarischen Finanzierung der Pflege – das gehört zu den zentralen Forderungen des „BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“. Sie wurden am Mittwoch in Berlin von den 14 im Bündnis vertretenen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Selbsthilfeorganisationen sowie Verbrauchervertretungen auf einer Podiumsdiskussion mit den pflegepolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen vorgestellt.

„Wir brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte und qualitativ hochwertige Pflege, damit die Pflegebedürftigkeit nicht länger ein Schreckensszenario ist“, forderte Sabine Jansen von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Das geplante Pflegeneuausrichtungsgesetz sei nur unzureichend und gebe leider keine zufriedenstellende Antwort auf die Herausforderungen in der Pflege. Wichtig sei insbesondere die Entlastung pflegender Angehöriger. „Dazu benötigen wir den flächendeckenden Ausbau unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, bessere Präventionsangebote, mehr Leistungen für Demenzkranke, eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Stärkung der Selbsthilfe“, erklärt Jansen im Namen des Bündnisses. Von aktuell rund 2,4 Millionen Pflegebedürftigen werden laut Bündnis rund zwei Drittel zu Hause gepflegt.

Das „BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“ kritisiert, dass der aktuelle Gesetzentwurf das Thema Fachkräftemangel sowie die Frage der Pflegefinanzierung weitestgehend ausklammere. „Gute Pflege ohne gute Arbeit ist undenkbar“, betonte Ellen Paschke, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. „Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen zu schaffen, damit Pflegekräfte und Einrichtungen gute Leistungen erbringen können. Nötig sind keine weiteren Sonntagsreden, sondern handfeste Maßnahmen, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, Fachkräfte zu halten und ausreichend Nachwuchs zu gewinnen.“

Dies sei nicht zuletzt eine Frage familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und einer besseren Bezahlung, stellte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, klar. Bessere Leistungen müssten auch mit besseren Löhnen einhergehen und die Refinanzierung sichergestellt sein. „Gute Pflege kostet Zeit und



Zeit kostet Geld“, betonte Schneider. „Solange nicht auch die Pflegefinanzierung vom Kopf auf die Füße gestellt wird, werden alle Bestrebungen, eine würdige Pflege für alle auch in Zukunft sicherzustellen, ins Leere laufen.“ Zudem würden an Demenz erkrankte Menschen vom jetzigen System besonders benachteiligt. Deshalb fordert das „BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE“, den Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich zu erweitern und umzusetzen.

Die Bündnispartner:

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)
- Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung (BIVA) e.V.
- Der Paritätische Gesamtverband
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V. (DAIzG)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e. V. (DBfK)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)
- Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)
- Sozialverband VdK Deutschland (VdK)
- Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD)
- Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv)
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
- Volkssolidarität Bundesverband e. V.
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST)

Weitere Informationen:

www.buendnis-fuer-gute-pflege.de